

Heinz-Werner Arens

**Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Schleswig-Holsteinischer Landtag ▪ Postfach 7121 ▪ 24171 Kiel

An den
Vorsitzenden des Sozialausschusses
Herrn Andreas Beran, MdL

im Hause

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/3**

Kiel, 06.12.2004

Sehr geehrter Herr Beran,

beigefügt sende ich Ihnen die Beschlüsse der 18. Veranstaltung „Jugend im Landtag“, die am 21. November 2004 im Schleswig-Holsteinischen Landtag stattgefunden hat.

In Absprache mit der Arbeitsgruppe „Jugend im Landtag“, in der Repräsentanten des Landesjugendrings, das Präsidium der 18. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ und die jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen vertreten sind, bitte ich darum, die Beschlüsse, die Ihren Fachausschuss betreffen, zur Kenntnis zu nehmen und zu beraten.

Vom Ausschuss ist dann zu entscheiden, ob und mit welchen Forderungen der Jugendlichen sich das Plenum befassen soll.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heinz-W. Arens

Beschlüsse

der 18. Veranstaltung
„Jugend im Landtag“

vom 19. bis 21. November 2004

Anlagen:

in den Arbeitskreisen erarbeitete Papiere
im Vorfeld der Veranstaltung eingereichte Anträge

Beschlüsse „Jugend im Landtag“ 2004¹

Arbeitskreis 4 „Wirtschaft und Außenpolitik“

Jugend im Landtag fordert den Schleswig-Holsteinischen Landtag auf, sich auf bundesdeutscher und europäischer Ebene für die Umsetzung folgender Ziele einzusetzen:

Gemeinsame EU-Außenpolitik

Die Ziele der gemeinsamen EU-Außenpolitik sollen definiert und Mechanismen installiert werden, die ein einheitliches Auftreten im Sinne der europäischen Bevölkerung gewährleisten.

Globale Mindeststandards

Wir fordern die Bildung von globalen Mindeststandards in allen Lebensbereichen, zum Beispiel mit Hilfe einer Finanztransaktionssteuer als Mittel zur Regulierung der Geldströme.

Türkei: EU-Beitritt

Es sollen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geführt werden, ohne dass ein Automatismus in Kraft tritt, der besagt, dass die Türkei nach den Verhandlungen zwangsläufig aufgenommen wird.

Volksabstimmung zur EU-Verfassung

Der Landtag möge sich gegen eine Volksabstimmung zur EU-Verfassung aussprechen.

Grenzerweiterungen der Europäischen Union

Der Landtag möge sich dafür einsetzen, dass auf bundesdeutscher und europäischer Ebene eine Kommission geschaffen wird, die klare Ziele in Bezug auf eventuelle Grenzerweiterungen der Europäischen Union formuliert. Diese Ziele sollen als Leitlinien für die Zukunft gelten und jährlich überprüft werden.

Reduzierung der Staatsausgaben

Der Landtag möge auf bundesdeutscher Ebene darauf drängen, dass objektiv nachweisbar alle gesellschaftlichen Schichten zur Reduzierung der Staatsausgaben beitragen.

Qualifizierungsmaßnahmen von Arbeitslosen

Der Landtag wird aufgefordert, sich bei Kreisen, Ländern, Bund und der Bundesagentur für Arbeit dafür einzusetzen, dass bei Qualifizierungsmaßnahmen nicht weiter gespart wird, sondern diese vorrangig an die Träger vergeben werden, die die erforderlichen Qualitätsstandards erfüllen, damit Arbeitslose qualifiziert werden, um schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden zu können. Die Kontrolle der Qualitätsstandards der Fördermaßnahmen soll durch eine unabhängige Institution erfolgen.

¹ in der Reihenfolge der Beschlüsse

„Natura 2000“-Schutzgebiete

Der Landtag möge sich auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene darum bemühen, regionale Instanzen in die Ausweisung von „Natura 2000“-Schutzgebieten verstärkt einzubeziehen (Subsidiaritätsprinzip), wobei die letzte Entscheidungsgewalt der Europäischen Union unterliegt.

Leistungskontrollen im öffentlichen Dienst

Der Landtag soll prüfen, ob und wenn ja, wie eine flächendeckende Einführung von Leistungskontrollen im öffentlichen Dienst (Arbeiter, Angestellte, Beamte) notwendig und möglich ist.

Engagement im Ausbildungssektor

Der Landtag wird aufgefordert, Unternehmen mit (besonderem) Engagement im Ausbildungssektor bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt zu behandeln.

Arbeitskreis 1 „Bildung“

Verlässliche Grundschulen

Jugend im Landtag fordert, in Schleswig Holstein verlässliche Grundschulen einzuführen (Schule von 8.00 - 14.00 Uhr), um Eltern den (Wieder-)Einstieg in den Beruf zu erleichtern.

Religionen im Unterricht

Weiter fordern wir, dass eine frühe Auseinandersetzung mit verschiedenen Religionen im Unterricht statt findet.

Extremismus

Außerdem soll eine frühe Auseinandersetzung mit Extremismus im Unterricht erfolgen.

Deutschförderunterricht

In Grund- wie weiterführenden Schulen soll ein Jahr obligatorischer Deutschförderunterricht für deutschschwache Schüler mit anschließender Prüfung eingeführt werden. Bei Nichtbestehen der Prüfung ist eine Wiederholung des Kurses notwendig.

Berufsbildungszentren

Die Rechtsfähigkeit und Förderung von Berufsbildungszentren sowie der informationstechnische Ausbau von Jugendzentren und Bibliotheken soll verstärkt vorangetrieben werden.

Förderung von Legasthenikern

Der Landtag wird aufgefordert, sich für eine stärkere Förderung von Legasthenikern anhand besser ausgebildeter Lehrkräfte und einheitlicher Legasthenietests zur Früherkennung von Legasthenie in den Grundschulen einzusetzen.

Anerkennung der Mathematikschwäche

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Anerkennung der Mathematikschwäche (Dyskalkulie) bei Kindern und Jugendlichen vorzunehmen sowie die Entwicklung und

Durchführung von Förderungsmaßnahmen zur Früherkennung von Dyskalkulie, welche zu einem Abbau dieser Schwäche beitragen, voran zu treiben.

Verschönerung von Schulhöfen

Die Verschönerung von Schulhöfen, Klassenräumen und Aufenthaltszonen soll mit finanziellen Mitteln gefördert und Elterninitiativen sollen unterstützt werden.

Umgang mit Gewalt und Drogen

Für die jüngeren Jahrgänge (5. und 6. Klasse) sollen Informationsveranstaltungen zum Umgang mit Gewalt und Drogen durch qualifizierte Institutionen (z. B. Polizeibeirat, Drogenberatungsstellen) durchgeführt werden.

Unterricht in Streitschlichtung

Jugend im Landtag fordert, dass an Schulen landesweit Unterricht in Streitschlichtung gegeben wird, um das Gewaltpotenzial an Schulen zu senken.

Elektronischen Medien

In Schleswig-Holstein sollen an staatlichen Schulen die neuen elektronischen Medien flächendeckend bereitgestellt werden.

Keine Kürzungen im Bildungsetat

Es wird gefordert, dass der Bildungsetat des Landes Schleswig-Holstein keinen Kürzungen zur Haushaltskonsolidierung zum Opfer fallen darf.

Die Möglichkeiten zur Erhöhung des Bildungsetats sollen geprüft und umgesetzt werden.

Sozialpädagogische Mitarbeiter

Den Kindern und Jugendlichen in den allgemein bildenden Schulen soll eine bessere Hilfestellung bei typisch jugendlichen Problemen (Suchtberatung, Pubertät, Gewalt im Elternhaus etc.) in Form von sozialpädagogischen Mitarbeitern und der verstärkten Zusammenarbeit mit ortsansässigen Organisationen (z. B. Kinderschutzbund, Blauer Ring, Weißer Ring) gegeben werden.

Mobbing

Den von Mobbing betroffenen SchülerInnen soll die Möglichkeit gegeben werden, an Kursen zur Selbsthilfe teilzunehmen unter Einbeziehung der Täter. Auch sollte eine intensivere Beschäftigung mit diesem Thema im Unterricht die SchülerInnen sensibilisieren.

Unterrichtsfach "Medienerziehung und -aufklärung"

Der Landtag möge beschließen, in Schleswig-Holstein an allen allgemein bildenden Schulen bereits in der 5. und 6. Klasse ein Unterrichtsfach "Medienerziehung und -aufklärung" einzuführen. Ziel ist es, die Medienkompetenz von Jugendlichen zu erhöhen.

Förderung von allgemein bildenden Schulen

Die Landesregierung wird aufgefordert, dass in das Landesprogramm "Ziel: Zukunft im eigenen Land" der Schwerpunkt "Förderung von allgemein bildenden Schulen" neu mit aufgenommen und für die Dauer des Programms primär gefördert wird.

”Vertretungsfonds zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall”

Der ”Vertretungsfonds zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall” soll jährlich um 1% der Gesamtsubventionen des Landes Schleswig-Holstein aufgestockt werden.

Bologna-Prozess

Schüler, vor allem der Oberstufe, sollen über den Bologna-Prozess informiert werden.

Untersuchungen zum Modellprojekt ”G8”

Es sollen wissenschaftlich begleitende **Untersuchungen zum Modellprojekt ”G8”**, d. h. Abitur nach 12 Schuljahren veranlasst werden.

Lehramtsstudiengänge

Es wird gefordert, Pädagogik/Psychologie/Didaktik/Methodik als Pflichtfächer für alle Lehramtsstudiengänge einzuführen.

Ganztagschulen

Auf freiwilliger Basis sollen in Kooperation mit kommunalen Verbänden Ganztagschulen eingeführt werden, um einen freiwilligen Besuch zu ermöglichen.

Leistungsaufgliederung nach der 4. Klasse

Jugend im Landtag stellt fest, dass die Leistungsaufgliederung nach der 4. Klasse zu früh ist.

Weniger als 25 Schülern

Es sollen nur noch kleine Klassen von weniger als 25 Schülern eingerichtet werden.

Sprachunterricht

Jugend im Landtag fordert, dass spielerischer Sprachunterricht bzw. Sprachförderung, vor allem Deutsch, in Kindergärten eingeführt mit einer verpflichtenden Teilnahme wird.+

Hochbegabtenförderung

Es ist ein angemessenes Budget zur Finanzierung von Programmen zur Hochbegabtenförderung zur Verfügung zu stellen.

Arbeitskreis 2 „Umwelt und Gesundheit“

Alkoholkonsum ab 16 Jahren

Jugend im Landtag fordert, dass die Erlaubnis zum Alkoholkonsum ab 16 Jahren bestehen bleibt. Ergänzend fordern wir präventive Maßnahmen, beginnend in der Grundschule, in Jugendeinrichtungen und in der Öffentlichkeit gegen Gefährdungen und Schädigung durch Alkohol.

Rauchfreie Zonen in öffentlichen Einrichtungen

Öffentliche Einrichtungen sollen rauchfreie Zonen werden. Es sollen abgeschlossene Rauchergebiete oder -räume eingerichtet werden.

Cannabis zu medizinischen Zwecken

Cannabis soll zu medizinischen Zwecken legalisiert werden. Der Besitz von Cannabis soll entkriminalisiert werden.

Kriterien zur Massentierhaltung

Jugend im Landtag fordert, dass folgende Kriterien zur Massentierhaltung festgelegt werden:

- Ausreichende Fläche pro Tier,
- Freilauf für alle Tiere,
- keine wachstumssteigernden Mittel einsetzen,
- keine genetisch veränderten Futtermittel verwenden.

Kennzeichnungspflicht für Nahrungsmittel

Wir fordern, dass die Kennzeichnungspflicht für Fleisch bezüglich der Kriterien *Futtermittel, Genmanipulation und Medikation sowie Haltung der Tiere* sowohl auf Packungen als auch beim Tresenverkauf so verschärft wird, dass sie für den Verbraucher klar nachvollziehbar sind. Dies soll auch für alle anderen Nahrungsmittel gelten.

Genforschung

Es soll eine Aufklärungskampagne gestartet werden, die umfassend über die Risiken und Chancen der Gentechnik informiert.

Die Nutzung der Genforschung soll eingegrenzt werden. Genmanipulation soll nur unter streng wissenschaftlichen Aufsichten durchgeführt werden.

Alternative Heilpraktiken

Alternative Heilpraktiken sollen langfristig in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden.

Medikamente für chronisch Erkrankte

Der Landtag möge sich dafür einsetzen, dass Medikamente für chronisch Erkrankte von einer Zuzahlung ausgenommen werden.

Regenerative Energien

Die Förderungen der regenerativen Energiegewinnung sollen verstärkt und die Genehmigungsverfahren für entsprechende Anlagen beschleunigt werden. Auch in der Automobilindustrie sollen verstärkt alternative Antriebsformen unterstützt werden, um sie wettbewerbsfähig zu machen.

Arbeitskreis 3 „Innenpolitik“

Vorbestrafte Gewalttäter

Jugend im Landtag fordert, dass vorbestraften Gewalttätern, Vergewaltigern, Totschlägern und Betrügern nach § 263/a StGB, § 264/a StGB, § 265/a/b StGB keinerlei Bewährung bei Vollstreckung eines rechtskräftigen Urteils gestattet wird.

Hilfestellung zur Bewertung von neonationalistischer Politik

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine medienorientierte Arbeitsgruppe zu bilden, um besonders jungen und Erstwählern eine Hilfestellung zur Bewertung von neonationalistischer Politik und deren Folgen zu ermöglichen. Dies könnte

beispielsweise in Zusammenarbeit mit der SHZ, dem NDR oder lokalen Radiosendern geschehen.

Bekämpfung von Vorurteilen gegenüber Subkulturen

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Aufklärungskampagne zur Bekämpfung von Vorurteilen gegenüber Subkulturen zu initiieren.

Fortbildungsmaßnahmen für soziale Bezugspersonen

Sozialen Bezugspersonen wie Erziehern, Lehrern, aber auch Betreuern im Jugendzentrum sowie Multiplikatoren soll der Besuch von regelmäßigen Fortbildungsmaßnahmen zum Thema "Frühzeitiges Erkennen von Missständen in der Erziehung" angeordnet werden. Missstände können z. B. sein: Diebstahl, verstärkter Hang zu Aggressionen und antidemokratische Ansichten.

Politikverdrossenheit bei Jugendlichen

Aufgrund des immer stärker werdenden Politikverdrosses bei Jugendlichen soll das Fach Politik früher in den Lehrplan einbezogen werden - spätestens ab dem 9. Jahrgang. Hierbei muss dringend grundlegende Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Öffentliche Gelder für Jugendförderung

Die öffentlichen Gelder für Jugendförderung dürfen nicht mehr gekürzt werden.

Fahrkartensystem im Nahverkehr

Es ist ein bundeseinheitliches Fahrkartensystem im Nahverkehr einzuführen.

Öffentliche Verkehrsmittel

Deutschlandweit sollen öffentliche Verkehrsmittel in Bezug auf das Preisniveau attraktiver gestaltet werden.

Promillegrenze

Die Promillegrenze bei Autofahrern soll von den erlaubten 0,5 Promille auf einen Wert von 0,1 Promille gesenkt wird. Ebenfalls sollen sämtliche alkoholische Produkte oder Produkte, in denen Alkohol enthalten ist, gekennzeichnet werden.

Präsenz von Polizisten

Durch die erhöhte Präsenz von Polizisten soll das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger in der Öffentlichkeit gestärkt werden.

In den Arbeitskreisen erarbeitete Papiere

Arbeitskreis 4 „Wirtschaft und Außenpolitik“

Jugend im Landtag möge beschließen,

- Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf bundesdeutscher und europäischer Ebene dafür einzusetzen, die Ziele der gemeinsamen EU-Außenpolitik zu definieren und Mechanismen zu installieren, die ein einheitliches Auftreten im Sinne der europäischen Bevölkerung gewährleisten.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf bundesdeutscher und europäischer Ebene für die Bildung von globalen Mindeststandards in allen Lebensbereichen einzusetzen, zum Beispiel mit Hilfe einer Finanztransaktionssteuer als Mittel zur Regulierung der Geldströme.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf bundesdeutscher und europäischer Ebene dafür auszusprechen, dass Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geführt werden, ohne dass ein Automatismus in Kraft tritt, der besagt, dass die Türkei nach den Verhandlungen zwangsläufig aufgenommen wird.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf bundesdeutscher Ebene dafür einzusetzen, eine Volksabstimmung über die Einführung der neuen EU-Verfassung abzuhalten.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf bundesdeutscher und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass eine Kommission geschaffen wird, die klare Ziele im Bezug auf eventuelle Grenzerweiterungen, unter Berücksichtigung auf die weltpolitische Präsenz der europäischen Union, formuliert und die als Leitlinien für die Zukunft gelten sollen. Die Leitlinien werden jährlich überprüft.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, auf bundesdeutscher Ebene darauf zu drängen, dass objektiv nachweisbar alle gesellschaftlichen Schichten zur Reduzierung der Staatsausgaben beitragen.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich bei Kreisen, Ländern, Bund und Bundesagentur für Arbeit dafür einzusetzen, dass bei Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche nicht weiter gespart wird, sondern diese vorrangig an die Träger vergeben werden, die die erforderlichen Qualitätsstandards erfüllen, damit junge Arbeitslose qualifiziert werden, um schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden zu können. Die Kontrolle der Qualitätsstandards der Fördermaßnahmen soll durch eine unabhängige Institution erfolgen.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene darum zu bemühen, die Ausweisungen von „Natura 2000“-Schutzgebieten regionalen Instanzen zu überlassen (Subsidiaritätsprinzip), wobei die letzte Entscheidungsgewalt der Europäischen Union unterliegt.

- Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, zu prüfen, ob und wenn ja, wie eine flächendeckende Einführung von Leistungskontrollen im öffentlichen Dienst (Arbeiter, Angestellte, Beamte) notwendig ist.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, Unternehmen mit (besonderem) Engagement im Ausbildungssektor bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt zu behandeln.

Arbeitskreis 1 „Bildung“

Jugend im Landtag möge beschließen,

JiL 18/1

- die Kultusministerkonferenz aufzufordern, ein in Deutschland einheitliches Abitur einzuführen.

JiL 18/2

- die Kultusministerkonferenz aufzufordern, jedes Jahr an allen deutschen staatlichen Schulen in jedem Fach eine Vergleichsarbeit zu schreiben und die Durchschnittsnoten der Schulen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

JiL 18/3

- in Schleswig Holstein verlässliche Halbtagsgrundschulen einzuführen (Schule von 8.00 - 14.00 Uhr), um Müttern den (Wieder-)Einstieg in den Beruf zu erleichtern. Beispiel: Hamburg.
- dass eine frühe Auseinandersetzung mit Extremismus und anderen Religionen im Religionsunterricht stattfindet.
- dass sowohl in Grund- wie weiterführenden Schulen ein Jahr obligatorischer Deutschförderunterricht für deutschschwache Schüler mit anschließender Prüfung eingeführt wird. Bei Nichtbestehen der Prüfung ist eine Wiederholung der Klasse notwendig.
- die Rechtsfähigkeit und Förderung von Berufsbildungszentren sowie den informationstechnischen Ausbau von Jugendzentren und Bibliotheken verstärkt voranzutreiben.
- frühes Erkennen und stärkere Förderung von Legasthenie durch besser ausgebildete Lehrer sowie einheitliche Legasthenietests in den Grundschulen zu ermöglichen.
- jährliche unterrichtsübergreifende Kampagnen zum Thema Umweltbewusstsein sowohl in Grund- als auch weiterführenden Schulen durchzuführen.
- die Verschönerung von Schulhöfen, Klassenräumen und Aufenthaltszonen mit finanziellen Mitteln zu fördern und dabei Elterninitiativen zu unterstützen.

- in den jüngeren Jahrgängen (5. und 6. Klasse) Informationsveranstaltungen zum Umgang mit Gewalt und Drogen durch qualifizierte Institutionen (z. B. Polizeibeirat, Drogenberatungsstellen) durchzuführen.
- an den allgemein bildenden Schulen Schülergruppen zu mobilisieren und auszubilden, um Gewaltpotenzial durch Streitschlichtung vorzubeugen.
- in Schleswig-Holstein an allgemein bildenden Schulen die neuen elektronischen Medien flächendeckend bereit zu stellen.
- dass der Bildungsetat des Landes Schleswig-Holstein keinen Kürzungen zur Haushaltskonsolidierung zum Opfer fallen darf.
- den Kindern und Jugendlichen in den allgemein bildenden Schulen eine bessere Hilfestellung bei typisch jugendlichen Problemen (Suchtberatung, Pubertät, Gewalt im Elternhaus, etc.) in Form von sozialpädagogischen Mitarbeitern und der verstärkten Zusammenarbeit mit ortsansässigen Organisationen (Kinderschutzbund, Blauer Ring, Weißer Ring) zu geben.
- den durch Mobbing betroffenen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, an Kursen zur Selbsthilfe (Wie gehe ich gestärkt als Mobbingopfer dem entgegen) teilzunehmen und mit anderen Interessengemeinschaften zu fördern.
- in Schleswig-Holstein an allen allgemein bildenden Schulen bereits in der 5. und 6. Klasse ein Unterrichtsfach "Medienerziehung und -aufklärung" einzuführen. Ziel ist es, den Kindern und Jugendlichen eine höhere Sensibilität gegenüber der Gewaltverherrlichung in der Gesellschaft anzueignen.
- dass in das Landesprogramm "Ziel: Zukunft im eigenen Land" der Schwerpunkt "Förderung von allgemein bildenden Schulen" neu mit aufgenommen und für die Dauer des Programms primär gefördert wird.
- dass der "Vertretungsfonds zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall" jährlich um 1% der Gesamtsubventionen des Landes Schleswig-Holsteins aufgestockt wird.
- Schüler, vor allem der Oberstufe, über den Bologna-Prozess zu informieren.
- wissenschaftlich begleitende Untersuchungen zum Modellprojekt "G8", d. h. Abitur nach 12 Jahren, zu veranlassen.
- Pädagogik/Psychologie/Didaktik/Methodik als Pflichtfächer für das Lehramt einzuführen.
- dass die Lehrkräfte des Landes S-H sich alle fünf Jahre um eine Position in den Schulbehörden bewerben müssen. Grundlage der Entscheidung zur weiteren Zusammenarbeit ist das Ergebnis einer internen Bewertung durch den Schulträger zusammen mit Kollegium, Elternbeirat und Schülervertretung.
- einheitliche nationale Bildungsstandards, u. a. für das Abitur einzuführen.

- Ganztagschulen auf freiwilliger Basis in Kooperation mit kommunalen Verbänden einzuführen, um einen freiwilligen Besuch zu ermöglichen.
- sich für "verlässliche Grundschulen" in ganz Schleswig-Holstein auszusprechen.
- dass die Leistungsaufgliederung nach der 4. Klasse zu früh ist.
- kleine Klassen von 25 Schülern in der Mittelstufe, in der Zeit der Pubertät, einzurichten.
- dass mehr pädagogisches Fachpersonal für Schulen eingestellt wird.
- dass spielerischer Sprachunterricht bzw. Sprachförderung, vor allem Deutsch, in Kindergärten eingeführt wird mit einer verpflichtenden Teilnahme.
- dass weitere Schulen zur Hochbegabtenförderung gebaut werden.

Arbeitskreis 2 „Umwelt und Gesundheit“

Jugend im Landtag möge beschließen,

Rauchverbot an Schulen

JiL 18/4 NEU

dass das gesamte Schulgelände zur rauchfreien Zone erklärt wird. Dies gilt für Schüler, Lehrer und Besucher. Bei Verstoß sind Sanktionen durch die Schulkonferenz festzulegen.

Alkohol ab 18 Jahren

JiL 18/5 NEU

dass die Erlaubnis zum Alkoholkonsum ab 16 Jahren bestehen bleibt. Wir fordern **präventive Maßnahmen**, beginnend in der Grundschule, in Jugendeinrichtungen und in der Öffentlichkeit zur Aufklärung über Gefährdung und Schädigung durch Alkohol.

Rauchfreie Zonen in öffentlichen Einrichtungen

dass öffentliche Einrichtungen rauchfreie Zonen werden. Es sollen abgeschlossene Rauchergebiete oder -räume eingerichtet werden.

Keine Legalisierung von Cannabis

dass das Verbot von Cannabis aufrechterhalten wird. Besitzer von Cannabis sollen entkriminalisiert werden.

Abschaffung der Massentierhaltung

dass folgende Kriterien festgelegt werden:

- Ausreichende Fläche pro Tier,
- Freilauf für alle Tiere,
- keine wachstumssteigernden Mittel einsetzen,
- keine genetisch veränderten Futtermittel verwenden.

Kennzeichnung von Nahrungsmitteln

dass die Kennzeichnungspflicht von Fleisch bezüglich der Kriterien *Futtermittel, Genmanipulation und Medikation sowie Haltung der Tiere* sowohl auf Packungen als auch beim Tresenverkauf so verschärft wird, dass für den Verbraucher diese Kriterien klar nachvollziehbar sind. Dies soll auch für alle anderen Nahrungsmittel gelten.

Genforschung 1

dass eine Aufklärungskampagne gestartet wird, die umfassend über die Risiken und Chancen der Gentechnik informiert.

Genforschung 2

dass die Genforschung eingegrenzt wird. Genmanipulation soll nur unter streng wissenschaftlicher Aufsicht durchgeführt werden.

Alternative Medizin

dass langfristig alternative Heilpraktiken in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufgenommen werden.

Zuzahlung für lebensnotwendige Medikamente

dass Medikamente für chronisch Erkrankte von einer Zuzahlung befreit werden.

Alternative Energien

dass Förderungen der regenerativen Energiegewinnung verstärkt und die Genehmigungsverfahren für entsprechende Anlagen beschleunigt werden. Auch in der Automobilindustrie sollen verstärkt alternative Antriebsformen unterstützt werden, um sie wettbewerbsfähig zu machen.

Aufklärung über Naturschutz

dass das Thema Naturschutz und die Wichtigkeit des nachhaltigen Handelns und Wirtschaftens fächerübergreifend oder als Schulfach in den Lehrplan der Grund- und weiterführenden Schulen aufgenommen wird.

Arbeitskreis 3 „Innenpolitik“

Jugend im Landtag möge beschließen,

Führerschein mit 17 Jahren

JiL 18/6

Der Arbeitskreis empfiehlt die Zurückstellung des Antrages, da zunächst die Fertigstellung einer Studie aus Niedersachsen abgewartet werden soll.

Verschärfung des Strafrechts

JiL 18/7 NEU

dass vorbestraften Gewalttätern, Vergewaltigern, Totschlägern, Betrügern nach § 263/a StGB, § 264/a StGB, § 265/a/b StGB keinerlei Bewährung bei Vollstreckung eines rechtskräftigen Urteils gestattet wird.

Verschärfung des Jugendstrafrechts

JiL18/8

Der Arbeitskreis empfiehlt diesen Antrag durch die Beschlussempfehlung "Fortbildungsmaßnahmen für Erzieher" zu ersetzen.

Rechtsradikalismus in der Politik

JiL 18/9

dass JiL 2004/Schleswig-Holstein eine medienorientierte Arbeitsgruppe bildet, um besonders junge und Erstwähler eine Hilfestellung zur Bewertung von neonationalistischer Politik und deren Folgen zu ermöglichen.

Dies könnte beispielsweise in Zusammenarbeit mit der SHZ, dem NDR oder lokalen Radiosendern geschehen.

Antragsbasis: Art. 20 GG Abs. 1,3,4 (nur beschränkt)

Art. 21 GG Abs. 1,2

Aufklärungskampagne über Jugendkult „Skinhead“

JiL 18/10

dass eine politische Aufklärungskampagne durch JiL ins Leben gerufen wird.

Antragsbasis: Art.2, Abs. 1GG (persönliche Freiheitsrechte), Art. 3, Abs. 3 GG (Gleichheit vor dem Gesetz), § 186 StGB (üble Nachrede), § 11 Abs. 3 StGB, §187 StGB (Verleumdung), § 192 StGb (Beleidigung trotz Wahrheitsbeweises)

Fortbildungsmaßnahmen für Erzieher etc.

sozialen Bezugspersonen wie Erziehern, Lehrern aber auch Betreuern im JuZ sowie Multiplikatoren den Besuch von regelmäßigen Fortbildungsmaßnahmen zum Thema "Frühzeitiges Erkennen von Missständen in der Erziehung" anzuordnen. Diese Lehrgänge unterliegen zum jetzigen Zeitpunkt einer sehr geringen Beteiligung.

Missständen können beispielsweise sein: Diebstahl, verstärkter Hang zu Aggressionen, antidemokratische Ansichten.

Diese Maßnahme wird dazu dienen, bei Erkennung eines gravierenden Missstandes den Eltern Unterstützung in der Erziehung anzubieten.

Ein frühzeitigeres Einschreiten, um Missstände in der Erziehung auszugleichen, hat größere Erfolgsaussichten als eine spätere Maßregelung.

Politikverdruss bei Jugendlichen stoppen

dass aufgrund des immer stärker werdenden Politikverdrusses bei Jugendlichen das Fach Politik früher in den Lehrplan einbezogen werden muss – spätestens ab dem 9. Jahrgang. Hierbei muss dringend grundlegende Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Kommunale Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

dass die Kommunen Jugendbeiräte einrichten sollen.

Öffentliche Gelder für Jugendförderung

dass die öffentlichen Gelder für Jugendförderung nicht mehr gekürzt werden sollen.

Abschaffung der Wehrpflicht

dass die Wehrpflicht abgeschafft werden soll. Jeder Jugendliche muss Zivildienst leisten, sofern er diesem nicht widerspricht. Alternativ ist der Grundwehrdienst möglich. Die Bundeswehr soll zur Berufsarmee umfunktioniert werden.

Anmerkung der Landtagsverwaltung:

Obwohl sich im Arbeitskreis für diese Forderung keine Mehrheit fand, wurde das Thema Wehrpflicht in die Beschlussempfehlung aufgenommen und im Plenum diskutiert.

Einheitliches Fahrkartensystem

ein bundeseinheitliches Fahrkartensystem im Nahverkehr einzuführen.

Nahverkehr

dass deutschlandweit öffentliche Verkehrsmittel in Bezug auf das Preisniveau attraktiver gestaltet werden.

Alkohol im Straßenverkehr

dass die Promillegrenze bei Autofahrern von den erlaubten 0,5 Promille auf einen Wert von 0,0 Promille zurückgesetzt wird. Ebenfalls sollen sämtliche alkoholische Produkte oder Produkte, in denen Alkohol enthalten ist, gekennzeichnet werden.

Innere Sicherheit

dass durch die erhöhte Präsenz von Polizisten in der Öffentlichkeit das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger gestärkt wird.

Hinweis: Die Anlage zu dem Umdruck steht im Internet nicht mehr zur Verfügung. Die digitale Fassung des Umdrucks wurde im März 2018 geändert. Eine Einsichtnahme ist gegebenenfalls möglich. Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an den Informations- und Dokumentationsdienst (luD.info@landtag.ltsh.de)